

**Stellungnahme des Vorstandes des Landesverbandes der
Niederösterreichischen Elternvereine (LEVNÖ) zum Gesetzesentwurf
„Bildungsreformgesetz 2017 – Schulrecht (299/ME)“ des Bildungsministeriums
für Bildung (BMB)**

Elektronisch an:

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Der LEVNÖ lehnt das sogenannte “Autonomiepaket“ ab. Der Vorstand des LEVNÖ konnte dem vorliegenden Entwurf keinen Aspekt entnehmen, der einem Kind in Niederösterreich in absehbarer Zeit einen erkennbaren Lehr- oder Lernvorteil bietet.

Warum lehnt LEVNÖ das Paket ab?

Die Ablehnung des Entwurfes basiert weiters zusammengefasst auf folgenden Überlegungen:

Der Entwurf zeigt, dass im Vorfeld nicht mit Betroffenen - also den Schulpartnern – gesprochen und verhandelt wurde. Der Entwurf trägt die Handschrift von Bürokraten und nicht von Praktikern. Der vorliegende Entwurf wird daher in der Folge als „Bürokratiepaket“ bezeichnet.

Nur so ist es zu erklären, dass der Entwurf letztlich:

- ein Mehr an Verwaltungsaufwand und Verwaltungspersonal in den Bildungsdirektionen schaffen wird (exemplarisch seien hier die komplizierten Regelungen zu den sogenannten Schulclustern angeführt)
- statt zu einer Stärkung der Autonomie der einzelnen Schulstandorte und der Schulpartnerschaft, zu einer Stärkung des Ministeriums im Wege einer Zentralisierung der Entscheidungsverantwortung führen wird
- die Schulpartnerschaft entwertet wird, indem die (Eltern)mitbestimmung beschnitten wird

Was fehlt dem Bürokratiepaket?

Dem vorliegenden Bürokratiepaket **fehlen vor allem jegliche Maßnahmen**, die endlich zu mehr **Transparenz** in der Schulverwaltung und an den Schulstandorten führen und damit mehr Klarheit und Vergleichbarkeit für die Eltern und Schüler bei der Schulwahl nach qualitativen Gesichtspunkten bringen. Der LEVNÖ verlangt, dass jene Bildungsdaten – insbesondere die Ergebnisse der Zentralmatura - die bereits heute nicht dem Amtsgeheimnis unterliegen, den Schulpartnern auf Standortebene zugänglich gemacht werden. Schließlich werden die Daten mit Millionen Steueraufwand erhoben und die Ergebnisse als Geheimratswissen behandelt. Dem

LEVNÖ werden beispielsweise seitens des Ministeriums die Maturadaten der einzelnen Schulstandorte in Niederösterreich verweigert - trotz Auskunftspflicht - obwohl das Ministerium selbst keine gesetzlichen Versagungsgründe nennen kann. Diese Eltern-Forderung ist gegenwärtig anhängig beim Bundesverwaltungsgericht. Der vorliegende Entwurf zeigt einmal mehr, dass es dem Ministerium nicht im Entferntesten daran gelegen ist hier einen Kulturwandel in Richtung Transparenz und Nachvollziehbarkeit einzuleiten. Es scheint, dass in Punkto Transparenz der Ball bewusst an die unabhängigen Gerichte weitergespielt wird und dass alle anderslautenden Ankündigungen von Transparenz bestenfalls politische Sonntagsreden sind.

Der LEVNÖ macht darauf aufmerksam, dass die tausenden Elternvereine in Österreich freiwillig und ehrenamtlich beträchtliche Beiträge und Zuwendungen in den Schulbetrieb einbringen und damit einen wesentlichen Anteil haben möglichst optimale Bedingungen für den Unterricht der Kinder zu schaffen. Offenbar lautet das Motto der Frau Bundesministerin gegenüber den Eltern: **Zahlen ja, mitbestimmen nein!** Wertschätzung und Motivation für die Schulpartner sieht anders aus. All dies zeigt, dass die Sorge der Eltern nicht auf Augenhöhe ernst genommen zu werden, mehr als berechtigt ist.

Für den Vorstand des Landesverbandes der niederösterreichischen Elternvereine

Sankt Pölten, am 27.April 2017

DI Stefan Szirucsek

Obmann